

Humanistische Union

Frankfurter Anlaufstelle für straffällig gewordene Frauen erhalten!

An Frau
Silke Lautenschläger
Hessische Sozialministerin
Dostojewskistraße 4
65187 Wiesbaden 21. Okt. 2003

Erhalten Sie die "Anlaufstelle für straffällig gewordene Frauen in Frankfurt"

Sehr geehrte Frau Lautenschläger,

mit Verwunderung nimmt die Humanistische Union, älteste Bürgerrechtsorganisation Deutschlands, zur Kenntnis, daß der "Anlaufstelle für straffällig gewordene Frauen in Frankfurt" der AWO die Landeszuschüsse gestrichen werden sollen.

Ihr wesentliches Wahlkampfthema war mehr Sicherheit. Ein altes Problem des Strafvollzugs ist die hohe Rückfallquote. Die "Anlaufstelle für straffällig gewordene Frauen" sorgt nachweislich erfolgreich für deren Resozialisierung: die Rückfallquote von nur 10 % ist wesentlicher Sicherheitsgewinn für uns Bürgerinnen und Bürger.

Ihr wesentliches Wahlkampfthema war mehr Sicherheit. Ein altes Problem des Strafvollzugs ist die hohe Rückfallquote. Die "Anlaufstelle für straffällig gewordene Frauen" sorgt nachweislich erfolgreich für deren Resozialisierung: die Rückfallquote von nur 10 % ist wesentlicher Sicherheitsgewinn für uns Bürgerinnen und Bürger.

Die Landesregierung erklärte, trotz Sparzwangs keine Infrastrukturen zerstören zu wollen und nur dort zu streichen, wo andere Angebote Ersatz bieten können. Doch bei der betroffenen "Anlaufstelle" handelt es sich um eine Organisation mit einer für Hessen einzigartigen, langjährig erarbeiteten Kompetenz: Noch während der Haftzeit beginnt sie, Frauen auf ein Leben in Freiheit ohne neue Straftat vorzubereiten und arbeitet dabei vertrauensvoll und effektiv mit der Justizvollzugsanstalt III (Frauengefängnis Frankfurt-Preungesheim), zusammen.

Die Streichung würde den Wegfall der "Anlaufstelle" bedeuten. Angemessene Ausgleichsmaßnahmen sind kaum möglich, denn bei der Überlastung der Bewährungshilfe kann die intensive Betreuung nicht gewährleistet werden, die bei der "Anlaufstelle" so erfolgreich war. Zudem genießt die "Anlaufstelle" als nichtstaatliche Organisation einen Vertrauensvorsprung, der für diese Arbeit unabdingbar ist.

Die "Anlaufstelle" bietet Überbrückungswohnungen für die entlassenen Frauen und ihre Kinder an: wesentliche Voraussetzung für die erfolgreiche Wiedereingliederung. Ihr Wegfallen würde auch hier eine Lücke reißen, die nur zu höheren Kosten zu schließen wäre.

Eine endgültigen Streichung würde generationenübergreifende Schäden zeitigen, denn über die Hälfte der betroffenen straffälligen Frauen sind Mütter von (in 2002) insgesamt 104 minderjährigen Kindern.

Die "Anlaufstelle für straffällig gewordene Frauen" ist unersetzlich. Mit Blick auf unsere Sicherheit und die

im Falle einer Schließung zu gewärtigenden immensen Folgekosten appelliert die Humanistische Union an Sie, die Streichung der Landeszuschüsse für die "Anlaufstelle für straffällig gewordene Frauen" zurückzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Peter Menne

- Ortsvorsitzender Frankfurt der HU -

Cc: Roland Koch, Hessischer Ministerpräsident,
Dr. Christean Wagner, Hessischer Minister der Justiz,
Alfons Gerling, Vorsitzender des Unterausschusses Justizvollzug
Frankfurter Allgemeine Zeitung
Frankfurter Rundschau
Frankfurter Neue Presse
Offenbach Post
Wiesbadener Tagblatt
Wiesbadener Kurier
Hessischer Rundfunk

<https://frankfurt.humanistische-union.de/pressemeldungen/frankfurter-anlaufstelle-fuer-straftaellig-gewordene-frauen-erhalten/>

Abgerufen am: 03.08.2024